

Schwedter Tageblatt

Verbindungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestelldate besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 128

Freitag, den 4. Juni 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

- In Berlin ist zwischen Deutschland und Dänemark der Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag unterzeichnet worden.
- In zweiter Lesung wurde in Lübeck der Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Dr. Neumann angenommen.
- Am Mittwoch abend ist Freiherr v. Berlepsch, der letzte Minister der Bismarckschen Ära, gestorben.
- Der Belagerungszustand in Polen ist aufgehoben worden.

Aufwertung und Volksentscheid.

Dringende Aufforderung der Juristischen Arbeitsgemeinschaft.

Zur Frage der Abänderung der Aufwertungsgesetzgebung im Wege des Volksentscheids hat die Juristische Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen in Berlin einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es a. a. lautet:

Nach Erlass der 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 ist alsbald ein erbitterter Streit darüber entstanden, ob die durch diese Verordnung getroffene Regelung der Aufwertung aufrecht zu erhalten oder abzuändern sei. Zur Friedigung dieses Streites ist nach langwierigen Beratungen im Reichstage neben dem Anleiheablösungsgezet das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 zustande gekommen. Da dieses Gesetz sich als ein Kompromiß zwischen weit auseinandergehenden Meinungen und Interessen darstellt, ist es begreiflich, daß es niemand voll befriedigt hat. Ein Kompromiß war aber notwendig, weil der Wiederaufbau unserer Wirtschaft die baldige endgültige Lösung der Aufwertungsfrage unbedingt erforderte.

An den Grundlagen des Aufwertungsgesetzes darf nicht gerüttelt werden, soll nicht eine völlige Erschütterung anderer ohnehin schwer rindenden Wirtschaftslensens eintreten, auch die Rechtspflege auf schwerer geschädigt und mit undurchführbaren Aufgaben belastet werden. Soweit Änderungen für geboten erachtet werden, können diese nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung beschlossen werden.

Aus diesen Gründen erachtet die Juristische Arbeitsgemeinschaft die Bestrebungen, durch einen Volksentscheid die Aufwertung unter Beseitigung des Aufwertungsgesetzes neu zu regeln, für unheilvoll.

Sollte ein Volksbegehren stattfinden, so richtet die Juristische Arbeitsgemeinschaft an alle Volksgenossen die dringende Aufforderung, sich nicht lediglich von der Rücksicht auf ihr persönliches Interesse leiten zu lassen, sondern das Wohl der Allgemeinheit, von dem auch das Gedeihen jedes einzelnen abhängt, zu bedenken.

Vor der Ratstagung.

Schwierige Probleme in Genf.

Am Montag beginnt die 14. Tagung des Völkerbundes in Genf. Zunächst soll der Bericht der Studienkommission beraten und dann die Haltung Spaniens und Brasiliens erörtert werden, wovon der ungestörte Beitritt Deutschlands im September abhängt.

Wahrscheinlich werden auch die durch die Beendigung des Riffkriegs entstandenen Fragen besprochen, allerdings in geheimen Sitzungen, da sie äußerst heikler Natur sind, und Mussolini gute Ohren hat.

Briand will schon am Sonntag in Genf eintreffen, um persönlich mit Chamberlain zu sprechen. Es verlautet, daß die beiden sich über die abessinischen und marokkanischen Probleme unterhalten wollen. In London nimmt man an, daß Briand verhandeln wird.

Englands Haltung in Genf so zu beeinflussen, daß Mussolini mit einem Einspruch gegen die französisch-spanische Marokkopolitik isolierter dasteht als bisher. Wenn Frankreich in Abessinien einige Rücksicht zeigen würde, so könnte England Frankreich in Marokko gewisse Vorteile einräumen. Damit wäre Mussolini kaltgestellt. Ob er sich dies gefallen läßt, ist eine weitere Frage.

Die Reservisten-Klippe.

Inzwischen haben sich die militärischen Sachverständigen der Abrüstungskommission auf einer Klippe festgeredet, von der sie kaum so leicht wieder loskommen werden. Es handelte sich um die Frage, ob Reservemanschaften und deren Ausbildung zum Kapitel „Friedensrüstungen“ gehören oder nicht. Die Franzosen, Italiener und Japaner meinen, die Reservisten hätten damit nichts zu tun. Anders denken die Vertreter Amerikas und Deutschlands. Sie erklärten, daß alle Reservisten ohne weiteres bei den

Friedensrüstungen mitzählen müßten, weil es sonst möglich wäre, bei einem kleinen stehenden Heer riesige Truppenmassen in Reserve zu haben.

Diese Auffassung ist augenblicklich so selbstverständlich, daß man sich wundern muß, wie man darüber nur im Zweifel sein kann. Aber man sieht daran wieder, wie ernst es den Staaten mit der Abrüstung ist. Die Vermittlung seitens des englischen Vertreters erwies sich als fruchtlos.

Die Abstimmung ergab eine Annahme der französisch-italienischen Auffassung mit neun gegen vier Stimmen. Bei der Abstimmung über die Frage, ob das Zollpersonal, die Forstbeamten und die Polizei der Friedensstärke einer Armee zuzurechnen sei, blieb Deutschland, das gegen diese Auffassung stimmte, gegen dreizehn Stimmen in der Minderheit. Die deutschen Delegierten gaben hierauf ihre Auffassung zu Protokoll. Die Abstimmungen werden nunmehr bei der Beratung der weiteren Punkte des Fragebogens von Bedeutung sein.

Der Vertrag mit Dänemark.

Deutsch-dänischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag für alle Streitfälle.

In Berlin ist am Mittwoch vom Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem dänischen Gesandten Nafte ein Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag, bestehend aus 21 Artikeln, unterzeichnet worden.

Dieser Vertrag umfaßt alle Streitfälle irgendwelcher Art, die jemals zwischen Deutschland und Dänemark entstehen könnten. Er beruht auf denselben Grundsätzen wie die in den letzten Jahren mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge dieser Art. Das Schiedsgericht soll aus 5 Mitgliedern bestehen. Der Vorsitzende wird von den Parteien gemeinsam ernannt. Wird man sich über die Person des Vorsitzenden nicht einig, so soll der König von Schweden den Vorsitzenden ernennen.

Der Vertrag wird für die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen, soll jedoch danach auch weiterhin für die Dauer von fünfjährigen Perioden Gültigkeit haben, sofern er nicht gekündigt wird.

Rudolf Deser †.

— Berlin, 4. Juni. Gestern nachmittag ist Generaldirektor Deser, der Chef der Deutschen Reichsbahn und früherer Reichsverkehrsminister, im Alter von 68 Jahren gestorben. Deser war eine der bekanntesten Persönlichkeiten der demokratischen Partei. Er war während des Krieges in der Redaktion der Frankfurter Zeitung und übernahm dann die Leitung der Ostsee-Zeitung in Stettin. Als im März 1919 das erste parlamentarische Kabinett gebildet wurde, übernahm er als Mitglied dieses Kabinetts das Eisenbahnministerium und 1920 das Reichsverkehrsministerium. Von 1920 bis zum Frühjahr 1921 war er Minister der öffentlichen Arbeiten in Preußen. 1922 trat er in das Kabinett Cuno ein.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 4. Juni 1926.

— Reichskanzler Marx hat dem Staatssekretär Dr. Bredow anlässlich seines Ausscheidens aus dem Reichspostministerium den Dank der Reichsregierung ausgesprochen.

— Professor Lessing hat sich wegen der jüngsten Vorkommnisse an der Technischen Hochschule Hannover an das Ministerium gewandt mit der Bitte um Eingreifen, zumal der Rektor erklärt habe, die Angriffe der Studenten nicht abstellen zu können.

Freiherr von Berlepsch †.

— Langensalza, 4. Juni. Auf seinem Schloß Seebach ist ganz unerwartet im Alter von 83 Jahren Hans Hermann Frhr. v. Berlepsch, der Schöpfer der deutschen Sozialreform, gestorben. Im Jahre 1890 wurde er preussischer Handelsminister. Schon am 4. Februar 1890 erschienen die Arbeiter-Erlasse Wilhelm II., die im bewußten Gegensatz zu der Politik Bismarcks und dem Sozialistengesetz die Gleichberechtigung des Arbeiters im Arbeitsvertrage forderten. Im März desselben Jahres fand in Berlin die erste Europäische Arbeiterschutz-Konferenz statt, deren Vorsitz Berlepsch führte.

Stresemann und Curtius in Erfurt.

— Erfurt, 4. Juni. Der Reichsausschuß für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei hatte zu einer Sitzung in Erfurt eingeladen, wozu sich Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius aus Berlin im Flugzeug eingefunden hatte. In Anwesenheit einer großen Anzahl von Parlamentariern des Reiches sprach Berg-

assessor a. D. Abrecht über Deutschlands Wirtschaftsnut. Unserer Gesamtwirtschaft fehle die Stabilität. Während der Vorträge erschien auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Saal. Dr. Curtius meinte, die Stabilität unserer Währung sei für absehbare Zeit gesichert. Stresemann sprach über den Dawesplan im Sinne seiner Kostoder Rede.

Eine Ehrung für Vizeadmiral Räder.

— Berlin, 4. Juni. Die Christian Abrecht-Anstalt in Kiel hat den Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Räder, der im Kriege Staatschef des Admirals von Hipper war, anlässlich des Stagerall-Gedenktages zum Ehrendoktor ernannt.

— Das Mißtrauen gegen den Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann endgültig. Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Dr. Neumann wurde in der letzten Bürgerversammlung in der verfassungsmäßig wiederholten Abstimmung mit 43 gegen 32 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Demokraten mit einer Ausnahme, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Auf Grund dieser neuerlichen Abstimmung wird sich jetzt der Senat mit der Angelegenheit befassen und darüber Beschluß fassen müssen, ob er einen Volksentscheid herbeiführen will oder nicht.

— Auch Abgeordnete sind strafbar. Aus Weimar verlautet: Der Gesetzgebungsausschuß I des Landtages von Thüringen brach mit der bisherigen Sitte, bei Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten, die verantwortliche Schriftleiter von Zeitungen usw. sind, die Genehmigung zu verjagen. Im Namen der Regierungsparteien gab der Vertreter der deutschen nationalen Volkspartei eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die Partei halte es nicht für anzänglich, daß das sogenannte Recht auf Immunität, wie es in der Reichsverfassung für die Abgeordneten festgesetzt sei, zu einer allgemeinen Straflosigkeit der Abgeordneten sich auswähle.

— Zirkis zur deutschen Außenpolitik. Bei einer Veranstaltung der deutschen nationalen Volkspartei in München sprach Großadmiral von Zirkis. „Das Dawesabkommen“, so führte er aus, „mußten wir annehmen, weil es uns wenigstens eine Sicherheit vor Frankreichs Willkür im Westen in Aussicht stellte. Die Methode aber, mit der wir seine Annahme betrieben, war nicht richtig. Seit den Genfer Verhandlungen im Herbst 1924 war absolut klar geworden, wie ohnmächtig unsere Vertragsgegner unseren Eintritt in den Völkerbund erwarteten. Wir waren also in Wirklichkeit die Umworbenen und konnten und mußten Garantieforderungen stellen. Die Niederlage, die uns im März in Genf zuteil wurde, deutet an, als was man uns im Völkerbund wünscht. Unsere Behandlung in Genf hat den verflochtenen Kanzler Luther denn auch irremacht an dieser Politik. Es ist ihm zunächst zu danken, daß bald darauf der Berliner Neutralitätsvertrag mit Rußland zustandekam. Wenn dieser Vertrag in der Tat als Gegengewicht gegen die einseitige Bindung nach Westen gehandhabt wurde, so könnte man hoffen, einen schweren Fehler unserer Außenpolitik in letzter Stunde noch korrigiert zu haben.“

— Am Montag wieder Reichstag. Die Tagesordnung für die erste Sitzung des Reichstags nach den Pfingstferien enthält zunächst die erste Beratung der Gesetzentwürfe zur Veränderung des § 81 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen und über die Gerichtskosten und Gebühren der Rechtsanwältinnen. Ferner soll die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Abänderung des Reichsnotstandsgesetzes fortgeführt werden.

Rundschau im Auslande.

— Der britische Außenminister, Sir Austen Chamberlain, wird am Sonnabend nach Genf abreisen, um dort an der 14. Session des Völkerbundesrates teilzunehmen.

— Aus Beirut wird gemeldet, daß am Mittwoch Aufständische vor Damaskus erschienen und die Zugänge der Stadt im Norden und Süden angriffen. Starke französische Streitkräfte seien an dem Abwehrkampf beteiligt gewesen. Beide Parteien hätten beträchtliche Verluste erlitten.

Festige Angriffe auf den Faschismus.

— Genf, 4. Juni. Auf der gestrigen Tagung des Internationalen Arbeitsamts kam es bei Prüfung der Vollmachten zu einem Zwischenfall. Die Arbeiterführer Belgiens und Frankreichs griffen in scharfen Worten die italienische Regierung und den Faschismus an und zergliederten besonders das neue italienische Gewerkschaftsgesetz, das eine Bedrückung der Freiheiten der Arbeiterklasse bedeute. Darauf erklärte der Generalsekretär der italienischen Gewerkschaften, die Lage